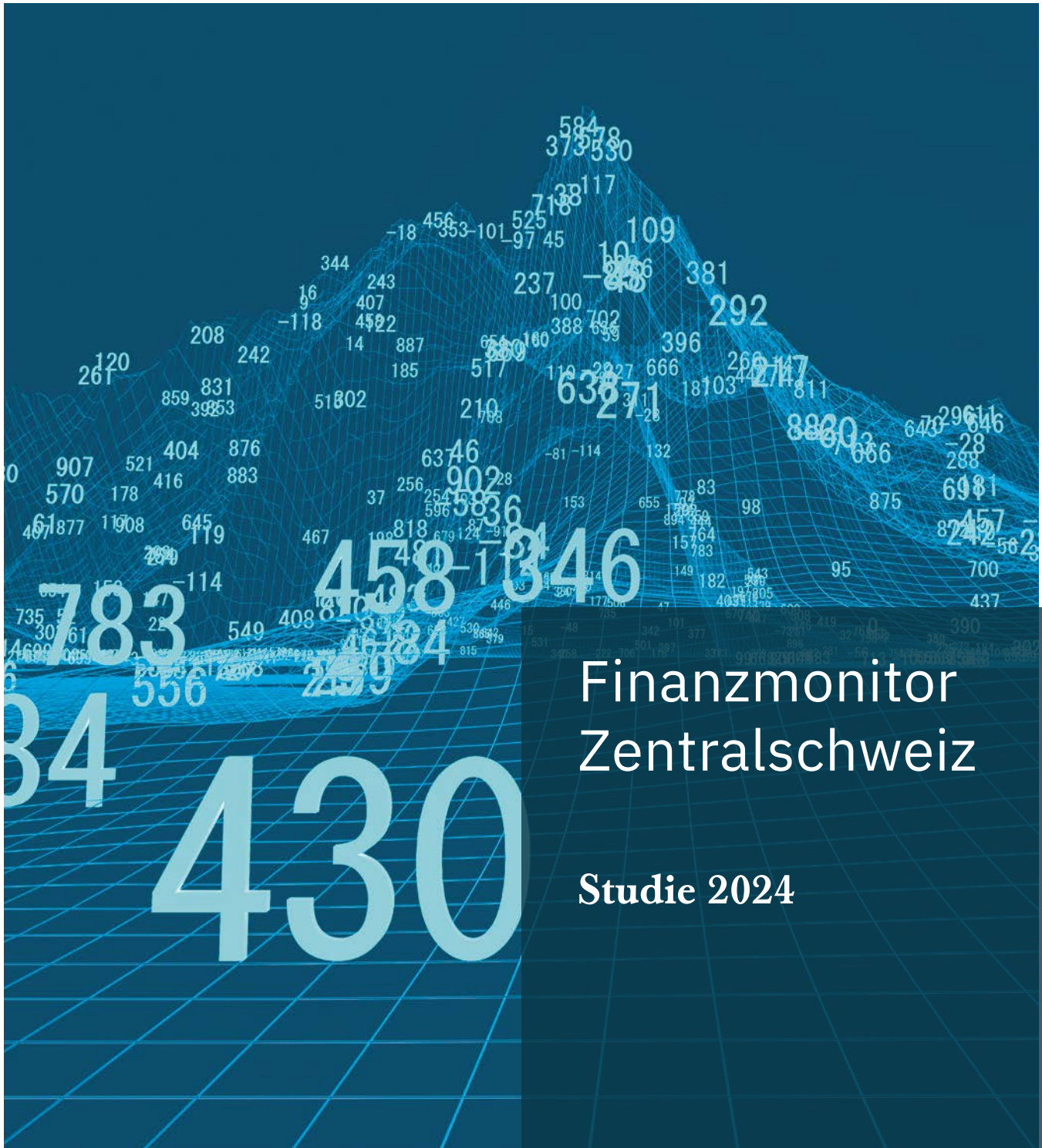




Finanzmonitor

ZENTRALSCHWEIZ



Finanzmonitor Zentralschweiz

Studie 2024

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	4
Executive Summary	5
1 Zielsetzung, Design und Methodik der Umfrage	6
1.1 Zielsetzung der Umfrage	6
1.2 Durchführung der Umfrage	6
1.3 Auswertung	7
2 Demographische Fragen	8
2.1 Branche	8
2.2 Unternehmensgrösse	9
2.3 Sitzkanton	10
3 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	11
4 Chancen und Risiken der Zentralschweizer Wirtschaft	19
5 Wünsche an die Politik	22
6 ESG und Nachhaltigkeit	23
7 Künstliche Intelligenz im Finanzbereich	28
8 Fachkräftemangel im Finanzbereich	30
Autoren	31
Die Partner des Finanzmonitors	32

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Branchenstruktur der Unternehmen	8
Abbildung 2:	Beschäftigtenzahlen der Unternehmen	9
Abbildung 3:	Sitzkantone der Unternehmen	10
Abbildung 4:	Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (2024 und 2023)	11
Abbildung 5:	Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Kantonen	12
Abbildung 6:	Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Unternehmensgrösse	13
Abbildung 7:	Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Branche	14
Abbildung 8:	Art der geplanten Investitionen (unabhängig vom Rang)	15
Abbildung 9:	Investitionsbereiche, in denen hauptsächlich investiert wird	15
Abbildung 10:	Wechselkursentwicklung des CHF zum Euro (in CHF)	16
Abbildung 11:	Erwartung der Änderung des Wechselkurses zwischen CHF und Euro	17
Abbildung 12:	Entwicklung des Leitzinses bis Ende 2024	18
Abbildung 13:	Wortwolke zu den grössten unternehmerischen Herausforderungen in den nächsten drei Jahren	19
Abbildung 14:	Massnahmen zur Steigerung der Resilienz durch aussergewöhnliche Ereignisse der letzten Jahre	20
Abbildung 15:	Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichtes	24
Abbildung 16:	Beeinflussung der Geschäftsentwicklung durch den Klimawandel	25
Abbildung 17:	Organisatorische Verankerung des Themas ESG	26
Abbildung 18:	Einsatz von KI im Finanzbereich	28
Abbildung 19:	Geplanter Einsatz von KI im Finanzbereich	28
Abbildung 20:	Beeinflussung der Zahl der Arbeitsplätze durch KI	29

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CFO	Chief Financial Officer
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
ESG	Environment, Social, Governance
EZB	Europäische Zentralbank
FED	Federal Reserve System (Notenbank der USA)
IFZ	Institut für Finanzdienstleistungen Zug
IHZ	Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ
KI	Künstliche Intelligenz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KOF	Konjunkturforschungsstelle (der ETH Zürich)
SNB	Schweizerische Nationalbank

Executive Summary

Der Finanzmonitor Zentralschweiz zeigt zum dritten Mal die Stimmungen und Ansichten der Zentralschweizer Unternehmen aus Sicht der Finanzverantwortlichen. Die Teilnehmenden der Umfrage stellen ein gutes Abbild der Zentralschweizer Wirtschaft dar.

Die befragten Unternehmen empfinden ihre wirtschaftliche Lage als gut. Wie in den beiden Vorjahren sagen zwei Drittel der Unternehmen, dass ihr Unternehmen gut dasteht. Damit bleibt die wirtschaftliche Lage in der Zentralschweiz stabil. Auffallend ist, dass die Unternehmen ihre Lage im grössten Zentralschweizer Kanton Luzern schlechter einschätzen als in den anderen, allerdings deutlich kleineren Kantonen. Ebenfalls auffallend ist, dass grössere Unternehmen die Lage eher schlechter empfinden als kleinere. Letzteres stellt eine Umkehrung des Trends der vergangenen zwei Umfragen dar. Die positive Lage zeigt sich auch in den Investitionsplänen der Unternehmen, die zu mehr als der Hälfte Erweiterungsinvestitionen planen. Sorgen bereitet den Unternehmen neben dem Fachkräftemangel, der auch in den Vorjahren die grösste Sorge war, immer mehr der starke Schweizer Franken. Eine Mehrheit der Unternehmen befürchtet in den nächsten 12 Monaten einen noch stärkeren Franken.

Auch in diesem Jahr erhält die Politik gute Noten von der Wirtschaft. Überwiegender Wunsch der Unternehmen ist eine Begrenzung oder ein Abbau der Bürokratie, aber auch eine Klärung des Verhältnisses zur EU. Auffallend ist wie im Vorjahr, dass insbesondere gegenüber den Kantonen häufig keine Änderungswünsche genannt werden. Bei einer expliziten Frage nach «Wünschen» stellt dies einen grossen Vertrauensbeweis dar.

Die befragten Unternehmen haben sich stärker als im Vorjahr mit Fragen der Nachhaltigkeit und mit dem Reporting im Bereich ESG (Environment, Social, Governance) beschäftigt. 42.8% der Unternehmen geben an, einen Nachhaltigkeitsbericht zu veröffentlichen bzw. dies in den nächsten drei Jahren zu tun. Im vergangenen Jahr waren dies nur ein rundes Drittel. Erstaunlich ist, dass mehr Unternehmen angeben, dass ihr Geschäftsmodell vom Klimawandel positiv oder moderat positiv als negativ bzw. moderat negativ betroffen sein wird. Die positiv gestimmten Unternehmen sehen hier insbesondere Marktchancen für nachhaltige Produkte.

Obwohl der Fokus der Umfrage auf mittleren Unternehmen liegt, wenden ein Viertel der Unternehmen Methoden der Künstlichen Intelligenz im Finanzbereich bereits an, was man mehr von Grossunternehmen erwartet hätte. Von den verbleibenden Teilnehmern planen etwa 40% eine Anwendung von KI in den kommenden drei Jahren. Anwendungsbereiche sind fast ausschliesslich repetitive Tätigkeiten in der Buchhaltung, dem Controlling und anderen administrativen Bereichen. In diesen Funktionen erwarten die Unternehmen demzufolge auch zurückgehende Mitarbeiterzahlen.

Der Fachkräftemangel betrifft auch den Finanzbereich selbst, allerdings ist dieser Bereich nicht so stark davon betroffen, wie andere Abteilungen. Nur ein Drittel aller Finanzverantwortlichen geben an, selbst vom Fachkräftemangel betroffen zu sein. Die Unternehmen reagieren darauf mit eigenen Bemühungen zur Aus- bzw. Weiterbildung von Mitarbeitenden. Ausserdem versuchen sie ihre Arbeitgeberattraktivität durch Flexibilität, Fringe Benefits und andere Massnahmen zu erhöhen.

1. Zielsetzung, Design und Methodik der Umfrage

1.1 Zielsetzung der Umfrage

Der Finanzmonitor Zentralschweiz ist eine gemeinsame Initiative der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ und des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. Unterstützt wird die Initiative insbesondere durch die Luzerner Kantonalbank, KPMG und die Wirtschaftskammer Zug.

Ziel der zum Jahreswechsel 2021/2022 erstmals durchgeführten wiederkehrenden Untersuchung ist es, ein Stimmungsbild der Unternehmen in den Zentralschweizer Kantonen (Luzern, Zug, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Uri) zu zeichnen. Ansprechpartner der Umfrage in den Unternehmen ist die/der Chief Financial Officer (CFO) bzw. Finanzverantwortliche. Damit soll die spezifische Sicht der Finanzverantwortlichen auf die Lage ihrer Unternehmen und auf aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen erfasst werden. Des Weiteren sollen Erkenntnisse über Fragestellungen gewonnen werden, die zum Zeitpunkt der Befragung die Finanzabteilungen in den Unternehmen besonders bewegen. Dabei soll der Wirtschaftsstruktur der Zentralschweiz Rechnung getragen werden, indem insbesondere auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fokussiert wird. Ausdrücklich nicht zur Zielgruppe gehören Mikrounternehmen mit weniger als 9 Mitarbeitenden.

Im Januar 2024 wurde die Umfrage zum Finanzmonitor zum dritten Mal durchgeführt. Damit gibt es die Möglichkeit, mittelfristige Entwicklungen in den Antworten darzustellen. Wie in den beiden Vorjahren gliedert sich die Befragung in einen jährlich wiederkehrenden Teil, der sich im Wesentlichen mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den politischen Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Zentralschweiz befasst. Im zweiten Teil der Umfrage werden aktuelle Themen, die derzeit die Wirtschaft der Zentralschweiz beschäftigen, thematisiert. In diesem Jahr sind es insbesondere Fragen zum Fachkräftemangel, zur Rolle der Künstlichen Intelligenz (KI) im Finanzbereich, zur Bedeutsamkeit von Kriterien der Umwelt, des Sozialen und der Governance (ESG) für den Finanzbereich sowie Fragen zur Zins- und Wechselkursentwicklung.

1.2 Durchführung der Umfrage

Die Umfrage wurde online über das Umfragetool «Unipark» der Hochschule Luzern – Wirtschaft durchgeführt. Die Umfrage und ihre Auswertung sind anonym vorgenommen worden. Die Einladung zur Teilnahme an der Studie wurde Anfang Januar 2024 an alle Mitgliedsunternehmen der IHZ und der Wirtschaftskammer Zug sowie an die Zentralschweizer Mitglieder des CFO Forum Schweiz versendet. Zwei Wochen später ist eine Erinnerung an alle Empfänger der Einladungsmail verschickt worden. Des Weiteren wurde die Umfrage über das soziale Netzwerk LinkedIn, über die Luzerner Kantonalbank sowie den Newsletter des IFZ beworben. Da der Sitzkanton der teilnehmenden Unternehmen abgefragt wurde, konnten Unternehmen ausserhalb der Zentralschweiz von der Auswertung ausgeschlossen werden.

Eingegangen sind insgesamt 212 auswertbare und bis zum Ende ausgefüllte Fragebögen. Aufgrund des angegebenen Sitzkantons wurden 3 Antworten aussortiert, so dass 209 ausgefüllte Fragebögen in die Auswertung eingegangen sind. Der Fragebogen verfügte über Filterfragen, so dass nicht alle Fragen von allen Teilnehmenden beantwortet werden konnten. Ausserdem bestand die Möglichkeit, einzelne Fragen zu überspringen. Des Weiteren gab es bei mehreren Fragen die Möglichkeit zur Mehrfachauswahl. Aus diesem Grund wird in der Auswertung jeweils die Anzahl der tatsächlichen Antworten pro Frage angegeben.

Insgesamt haben 283 Teilnehmende auf die Umfrage zugegriffen, indem sie die Datenschutzbestimmungen auf der Startseite der Umfrage bestätigt haben. 71 Teilnehmende haben die Umfrage nach der Startseite oder vor der letzten Seite abgebrochen.

Der Finanzmonitor beansprucht keine Repräsentativität für alle Zentralschweizer Unternehmen. Zur Erreichung eines repräsentativen Ergebnisses wäre ein anderes Vorgehen erforderlich gewesen, das die Grundsätze der Stichprobenbildung berücksichtigt. Dies ist in der vorliegenden Studie bewusst nicht geschehen. Aufgrund der Zielgenauigkeit der Ansprache der Teilnehmenden kann jedoch trotzdem eine sehr hohe Aussagekraft mit einer annähernden Repräsentativität der Antworten angenommen werden.

Der Fragebogen wurde vom IFZ in Absprache mit den anderen Partnern des Finanzmonitors Zentralschweiz entwickelt. Er besteht aus drei Teilen:

- **Demographischer Teil (Frage 1 – 4):**

In diesem Teil werden Informationen zu Grösse und Sitz des Unternehmens abgefragt.

- **Jährlich wiederkehrender Teil (Frage 5 – 10):**

Hier werden Fragen zur wirtschaftlichen Lage, Zukunftsaussichten des Unternehmens sowie den wirtschaftlichen, politischen und administrativen Rahmenbedingungen behandelt. Die Fragen sind eng an die im vergangenen Jahr gestellten Fragen angelehnt. Im Jahresvergleich ist dieser Fragenteil gestrafft worden, um Redundanzen abzubauen und mehr Raum für spezifische Fragen zu schaffen.

- **Jährlich veränderbarer Teil (Frage 11 – 28):**

In diesem Teil werden aktuelle Themen angesprochen, weshalb die Inhalte jährlich wechseln. 2024 sind schwerpunktmässig Fragen zu den Themenfeldern Fachkräftemangel, Künstliche Intelligenz sowie ESG und Klimaneutralität gestellt worden.

Im Fragebogen gab es sowohl standardisierte Fragen, die durch Auswahl vorgegebener Antworten beantwortet werden konnten, als auch freie Felder für die Eingabe von Texten ohne Vorgaben.

1.3 Auswertung

Die Umfrage war für alle potenziellen Teilnehmenden vom 8. bis zum 31. Januar 2024 erreichbar. Am 31.1.2024 wurde die Umfrage geschlossen und die Ergebnisse wurden gesichert. In die Auswertung sind alle Antworten, die eingegeben und freigegeben worden sind, eingeflossen. Lediglich die Antworten von Unternehmen, die aus anderen als den Zentralschweizer Kantonen kamen, wurden eliminiert.

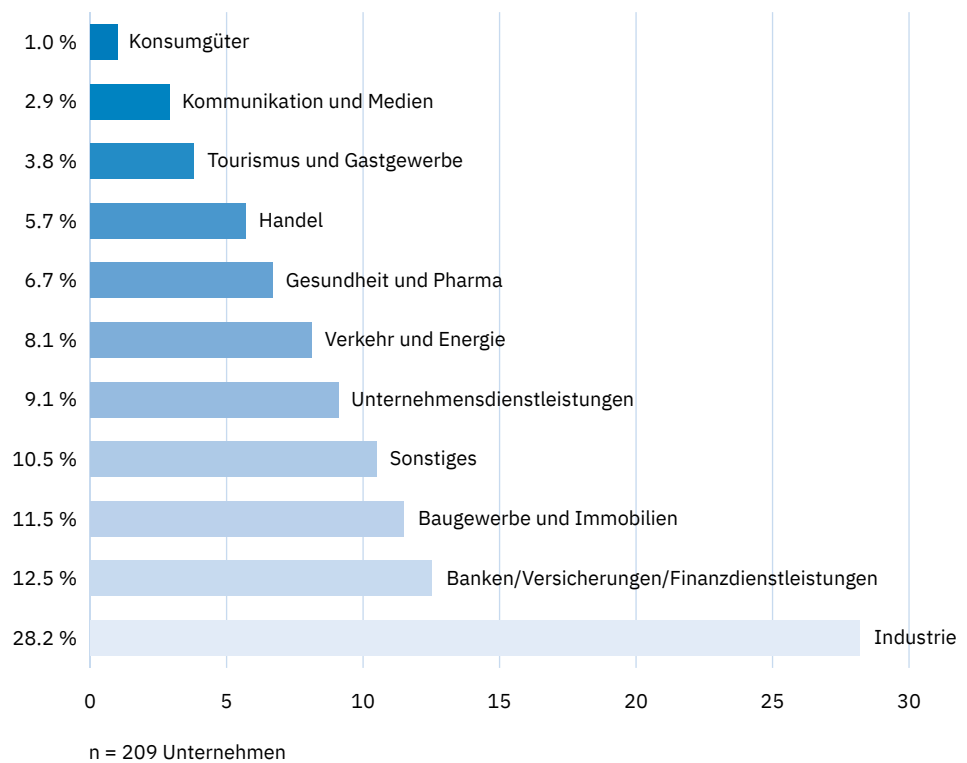
Die Auswertung der Umfrage fand im Februar 2024 an der Hochschule Luzern – Wirtschaft durch die Autoren dieser Studie statt.

2 Demographische Fragen

2.1 Branche

Die Branchenstruktur der Zentralschweiz ist von verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen geprägt, insbesondere das verarbeitende Gewerbe ist überdurchschnittlich – im Vergleich zur gesamten Schweiz – vertreten.¹ Die antwortenden Unternehmen repräsentieren den Branchenmix der Zentralschweizer Kantone grundsätzlich sehr gut. Handel und Dienstleistungen, sowie das Gastgewerbe sind allerdings unterrepräsentiert. Dies liegt daran, dass diese Branchen stark durch Kleinunternehmen geprägt sind, die nicht Zielgruppe des Finanzmonitors sind. Vor diesem Hintergrund stellen die antwortenden Unternehmen eine gute Abbildung der Zentralschweizer Wirtschaft dar.

Abb. 1: Branchenstruktur der Unternehmen



Die Branchenstruktur entspricht trotz kleinerer Verschiebungen im Wesentlichen den Strukturen der Vorjahre. Insofern werden zeitliche Vergleiche nur unwesentlich durch Änderungen des Branchenmix beeinflusst.

¹ <https://www.lustat.ch/monitoring/wirtschaftskennzahlen/unternehmensstruktur-und-demografie/branchenstruktur> (abgerufen am 5. Februar 2024).

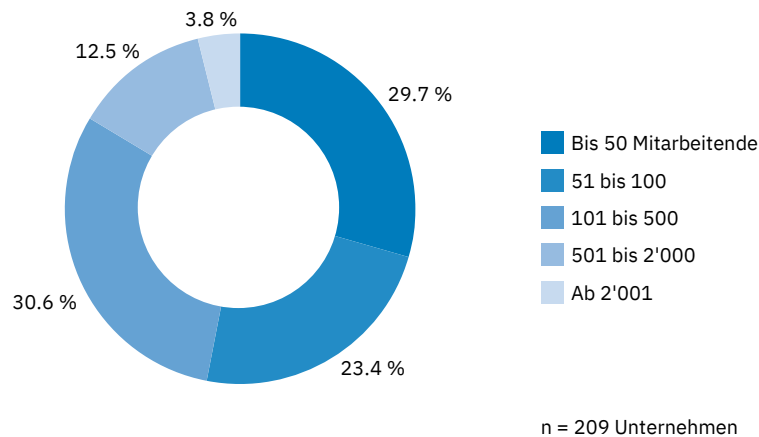
2.2 Unternehmensgrösse

Die Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, sind im Wesentlichen kleine und mittlere Unternehmen (KMU). 29.7% haben bis 50 Beschäftigte, 23.4% von 51 bis 100 Beschäftigte und 30.6% von 101 bis 500 Arbeitnehmende. Über 500 Arbeitnehmende beschäftigen demnach lediglich 16.3% der teilnehmenden Unternehmen. Eines der antwortenden Unternehmen beschäftigt mehr als 10'000 Arbeitnehmende und gehört damit auch nach internationaler Definition zu den Grossunternehmen.

Die Beschäftigtenzahl beinhaltet bei multinationalen Konzernen mit Sitz in der Zentralschweiz die weltweite Gesamtzahl aller Arbeitnehmenden; bei Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne wird auf die Beschäftigtenzahl in der Schweiz abgestellt. Dies kann dazu führen, dass die Zahl der konzernangehörigen Unternehmen durch die Angabe der Beschäftigtenzahl unterschätzt wird, da bei konzernangehörigen Unternehmen nur die Schweizer Beschäftigten in unsere Umfrage eingeflossen sind.

Grössere Unternehmen sind in der Umfrage überrepräsentiert. Schweizweit machen KMU 99.7% aller Unternehmen aus. Davon entfallen 89.8% auf Mikrounternehmen, die weniger als 9 Beschäftigte haben.² Diese sind jedoch nicht Zielgruppe des Finanzmonitors. Die avisierte Gröszenstruktur (Zentralschweiz ohne Mikrounternehmen) ist damit durch die antwortenden Unternehmen gut abgebildet.

Abb. 2: Beschäftigtenzahlen der Unternehmen



Neben der Beschäftigtenzahl ist auch der Umsatz ein Indikator für die Unternehmensgrösse. Hier zeigt sich ebenfalls, dass die avisierte Zielgruppe durch die Antwortenden gut repräsentiert wird. Etwas mehr als die Hälfte (56.0%) der antwortenden Unternehmen ordnet sich in die Gröszenklasse zwischen 10 und 200 Mio. CHF ein. Ein knappes Drittel (30.1%) haben unter 10 Mio. CHF Umsatz. 11.0% geben Umsätze zwischen 200 Mio. und 1 Mrd. CHF an. Lediglich 6 Unternehmen melden mehr als 1 Mrd. CHF Umsatz und gehören damit zu den Grossunternehmen. Insgesamt zeigt sich also auch hier, dass die teilnehmenden Unternehmen die Zielgruppe gut repräsentieren.

² Statistik der Unternehmensstruktur STATENT, Stand der Daten: 4.1.2024. Vgl. <https://www.kmu.admin.ch/kmu/de/home/praktisches-wissen/zahlen-und-fakten%20/kmu-in-zahlen/firmen-und-beschaefigte.html> (abgerufen am 5. Februar 2024).

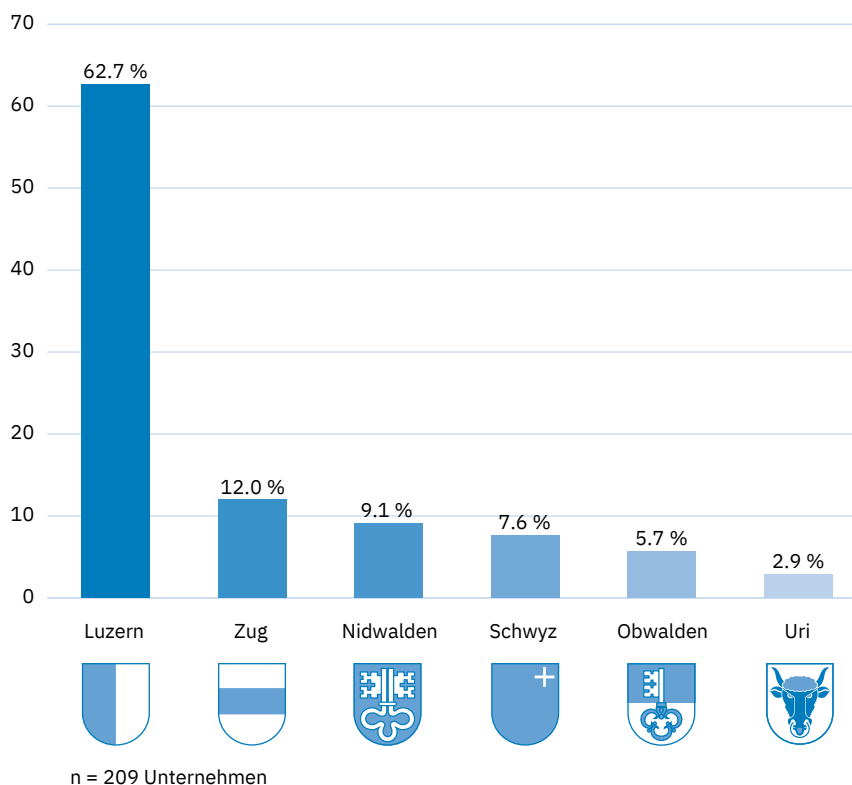
2.3 Sitzkanton

Ziel der Umfrage «Finanzmonitor Zentralschweiz» ist es, ein Bild über die Situation bei Zentralschweizer Unternehmen zu erhalten. Gegenstand der Befragung sind somit Unternehmen aus den Kantonen der Zentralschweiz (Luzern, Zug, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Uri). Damit wird das Gebiet der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ (alle genannten Kantone ohne den Kanton Zug) abgedeckt. Der Kanton Zug wird durch die Einbindung der Wirtschaftskammer Zug in diese Befragung berücksichtigt. Durch die direkte Einladung der Unternehmen durch die beiden Partner der Umfrage konnten Streuverluste weitgehend ausgeschlossen werden.

Grösster Kanton der Region Zentralschweiz ist Luzern. Dieser ist auch mit 62.7 % der befragten Unternehmen am stärksten in der Umfrage vertreten. Dies entspricht etwas mehr als dem Anteil der Luzerner Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Zentralschweiz. Aufgrund seiner besonderen Wirtschaftsstärke ist der Kanton Zug für die Wirtschaftskraft für die Region besonders wichtig. 12.0 % der teilnehmenden Unternehmen kommen aus diesem Kanton, was ungefähr seiner Bevölkerungsstärke entspricht. Damit haben weniger Unternehmen aus Zug an der Umfrage teilgenommen als im Vorjahr. Die kleineren Kantone sind jeweils ungefähr entsprechend ihres Gewichts an der Zentralschweizer Bevölkerung in der Umfrage repräsentiert.

Unternehmen, die einen anderen Sitzkanton als die Zentralschweizer Kantone angegeben hatten, wurden aus der Auswertung herausgenommen. Dies betraf drei Antworten.

Abb. 3: Sitzkantone der Unternehmen



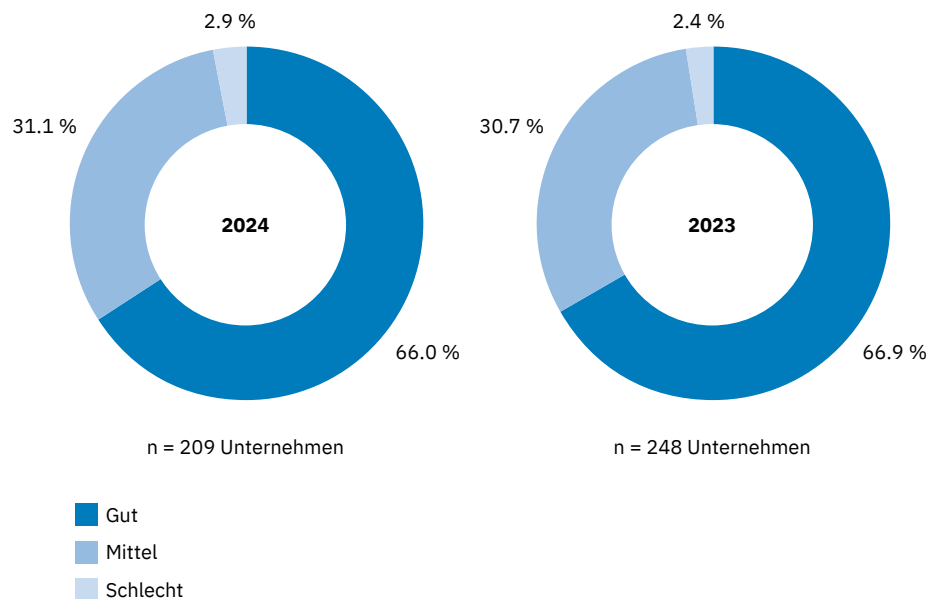
Insgesamt kann damit durch den Finanzmonitor ein gutes Bild über alle Zentralschweizer Kantone gezeichnet werden. Die Grundgesamtheit der Antworten entspricht ungefähr der Gewichtung der Kantone in der Region.

3 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

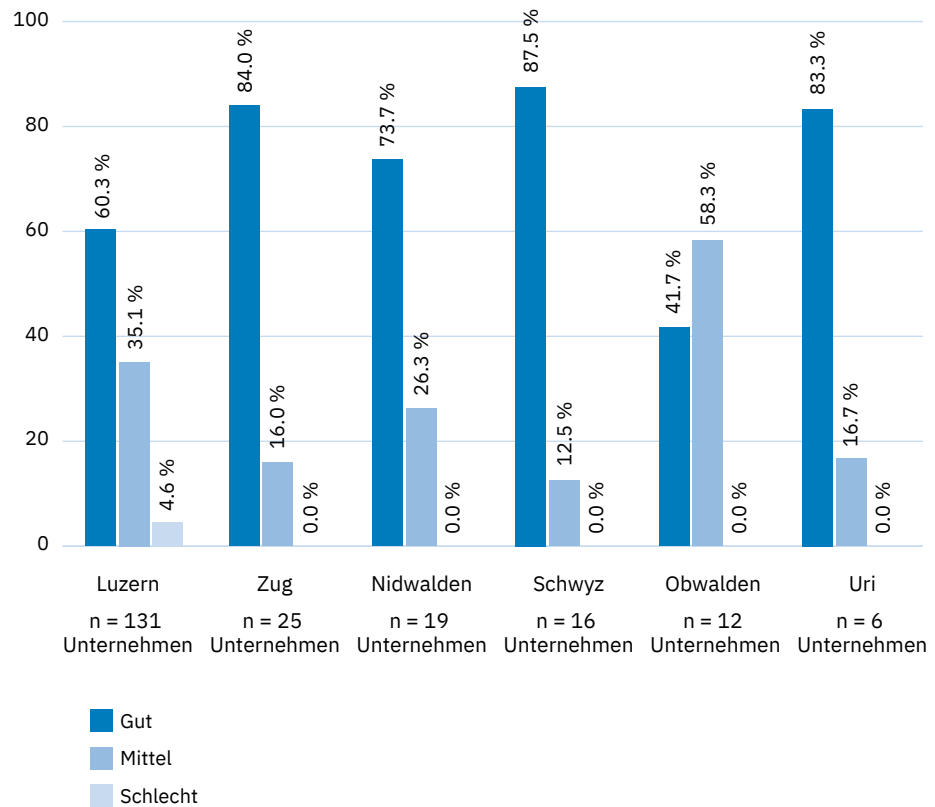
Auch das Jahr 2023 war von multiplen Krisen und damit erhöhten Unsicherheiten für die Unternehmen geprägt. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ging in sein zweites Jahr. Im Oktober erfolgte der Angriff der Hamas in Israel mit der Folge des Krieges in Gaza und der Bedrohung der Schifffahrtslinien am Roten Meer. Dazu kommt die angespannte Beziehung zwischen den USA und China. Das alles sorgt erneut für Lieferkettenprobleme und erhöhte Unsicherheiten. Zwar gingen die Weltmarktpreise für Energie und Rohstoffe im Jahresverlauf zurück, blieben aber auf hohem Niveau. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) und andere Zentralbanken haben die steigende Inflation durch Zinserhöhungen eingedämmt. Trotz dieser Entwicklungen wird für die Schweiz eine steigende Wachstumsrate mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2.1 % erwartet.³ Nach Ansicht der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich wirken insbesondere die hohe Beschäftigung und die daraus resultierende starke Inlandsnachfrage den Folgen der globalen Krisen entgegen.

Vor dem Hintergrund dieser Unsicherheiten erstaunen die sehr positiven Aussagen der am Finanzmonitor teilnehmenden Unternehmen. Zwei Drittel aller teilnehmenden Unternehmen beurteilen die eigene wirtschaftliche Lage als gut. 31.1 % empfinden die Lage immerhin als «mittel» und lediglich 2.9 % als «schlecht». Trotz der geopolitisch unsicheren Lage überrascht, dass diese Einschätzung seit der ersten Finanzmonitor Umfrage im Jahr 2022 praktisch unverändert geblieben ist. Dies zeigt die Robustheit und Resilienz der Zentralschweizer Wirtschaft.

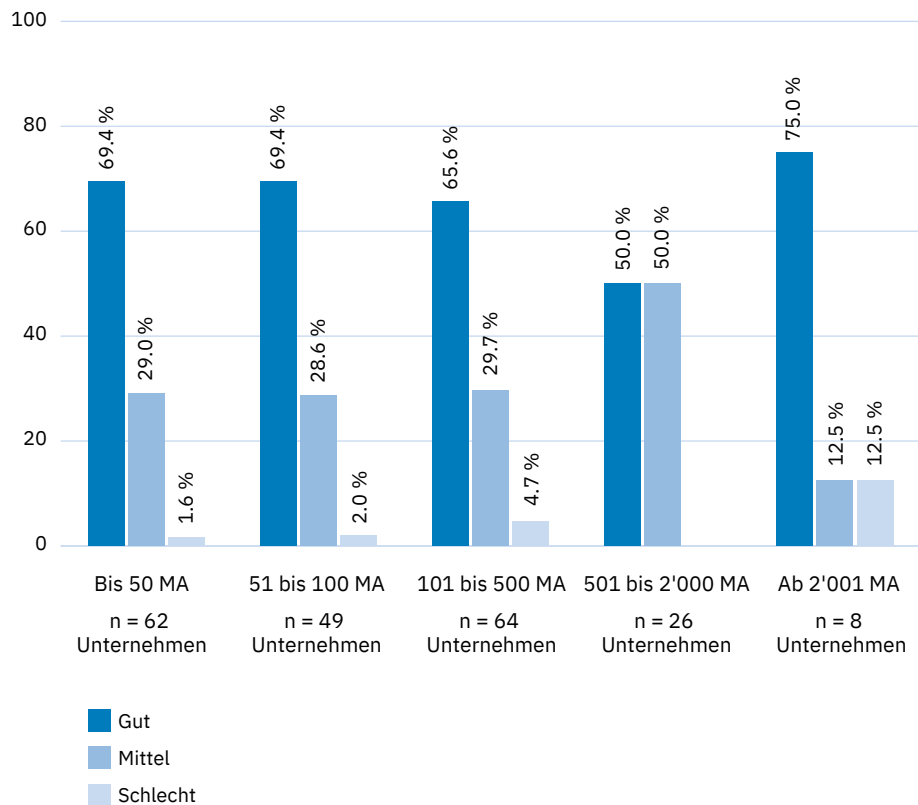
Abb. 4: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (2024 und 2023)



³ Vgl. KOF der ETH: Konjunkturanalyse: Prognose 2023 / 2024 Starke Beschäftigung trifft auf stockende Wirtschaft, https://www.research-collection.ethz.ch/bitstream/handle/20.500.11850/620384/2023_2_Sommer_gesamtbericht_KA.pdf?sequence=1&isAllowed=y (abgerufen am 7.2.2024), S. 1.

Abb. 5: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Kantonen

Differenziert man die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Kantonen, so fällt auf, dass die wirtschaftliche Lage im Kanton Luzern deutlich schlechter empfunden wird als in den übrigen (allerdings kleineren) Kantonen. Alle Unternehmen, die ihre eigene Lage als schlecht einschätzen, haben ihren Sitz in Luzern. In Zug sehen 84.0% der Unternehmen die wirtschaftliche Lage positiv. Auch in den kleinen Kantonen wird die Lage überwiegend positiv gesehen. Lediglich in Obwalden (bei 12 Antworten) sieht eine Mehrheit der Unternehmen die wirtschaftliche Lage als «mittel» an.

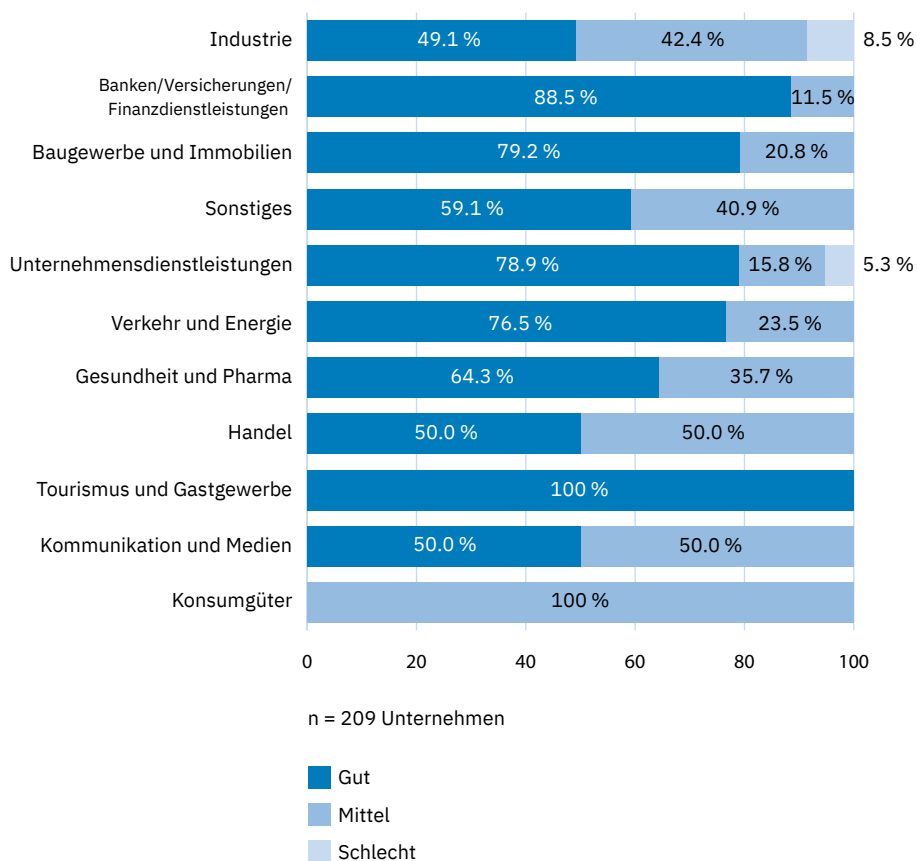
Abb. 6: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Unternehmensgrösse

Während in den letzten Umfragen grössere Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage besser einschätzten als kleinere, ist dies in diesem Jahr umgekehrt. Ein Grund dafür kann in der überdurchschnittlichen guten Inlandskonjunktur liegen. Viele kleinere Unternehmen haben eine eher nationale Tätigkeit und sind tendenziell weniger abhängig von den internationalen Entwicklungen.

Bei der Differenzierung nach Branchen ergibt sich ein gemischtes Bild. Finanzdienstleistungen und Banken schauen überwiegend positiv in die Zukunft. Die Industrie zeigt sich pessimistischer: Knapp die Hälfte schätzt die Lage mittel oder gar schlecht ein. Da die Industrie ihren Absatz auf internationalen Märkten hat, war diese negativere Einschätzung zu erwarten. Deutlich geändert hat sich die Stimmung im Tourismus und der Gastronomie. War diese Branche in den vergangenen Umfragen stets das Schlusslicht, fällt die Beurteilung in der Umfrage 2024 deutlich besser aus. Alle teilnehmenden Unternehmen dieser Branche schätzen ihre wirtschaftliche Lage als «gut» ein. Damit zeigt sich, dass die letzten Nachwehen der Covid-19 Pandemie für die Branche überwunden sind und sich der Bereich Tourismus und Gastronomie in der Zentralschweiz gut auf die veränderte Situation eingestellt hat. Einschränkend muss man erwähnen, dass gerade die Gastronomie auch durch viele Mikrounternehmen geprägt ist, die nicht Gegenstand des Finanzmonitors sind. Die KOF erwartet, dass das Baugewerbe 2024 wieder an Dynamik gewinnt, was zu der positiven Selbsteinschätzung der Zentralschweizer Bauunternehmen passt.⁴

⁴ Vgl. Vgl. KOF der ETH: Konjunkturanalyse: Prognose 2023 / 2024 Starke Beschäftigung trifft auf stockende Wirtschaft, https://www.research-collection.ethz.ch/bitstream/handle/20.500.11850/620384/2023_2_Sommer_gesamtbericht_KA.pdf?sequence=1&isAllowed=y (abgerufen am 7.2.2024), S. 4.

Abb. 7: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Branche



Die positive Lageeinschätzung sollte sich auch in der Investitionsplanung der Unternehmen niederschlagen. In der Umfrage haben wir verschiedene Investitionsarten abgefragt. Diese konnten die Antwortenden in eine Reihenfolge von 1 bis 6 je nach Wichtigkeit für ihr Unternehmen einordnen. Die meisten Unternehmen (180 der Grundgesamtheit von 208) planen Investitionen in die Digitalisierung, gefolgt von Ersatzinvestitionen (157). Die Mehrheit der Unternehmen plant auch Erweiterungsinvestitionen im direkten Wertschöpfungsbereich. Bei dieser Kategorie handelt es sich um die Investitionen, die direkt zu Wirtschaftswachstum führen. Die Förderung der Gesamtwirtschaft wird auch durch Unternehmen gestützt, die Erweiterungen im Bereich Administration vornehmen wollen (100 Unternehmen). Der Trend zu einer stärkeren Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen in Unternehmen zeigt sich auch deutlich bei den Investitionen: 113 Unternehmen (entsprechend 54.3% aller befragten Unternehmen) planen Investitionen in die Reduktion von CO₂.

Abb. 8: Art der geplanten Investitionen (unabhängig vom Rang)

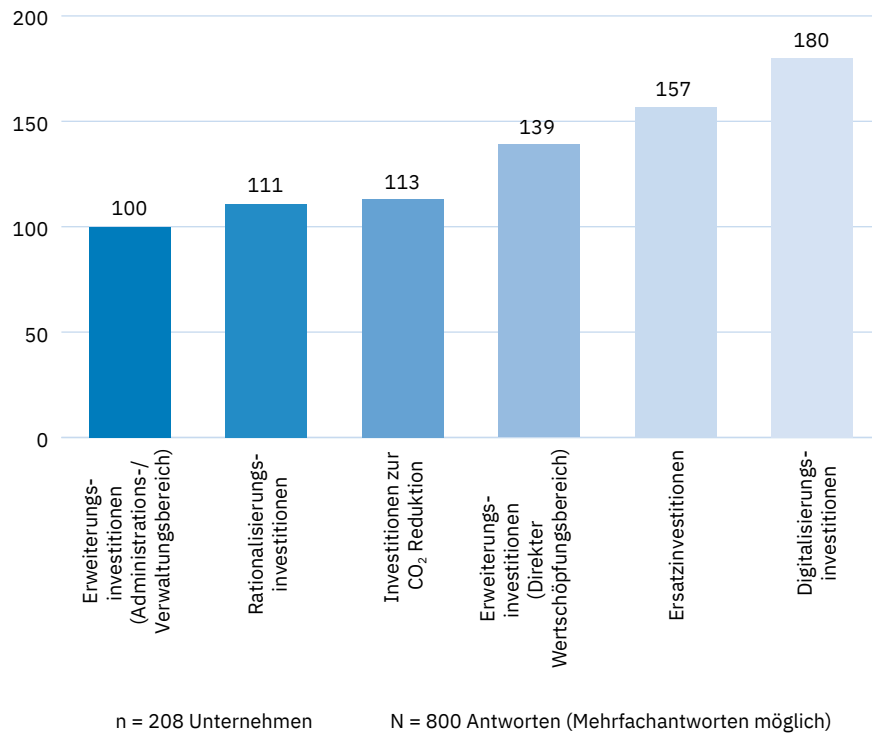
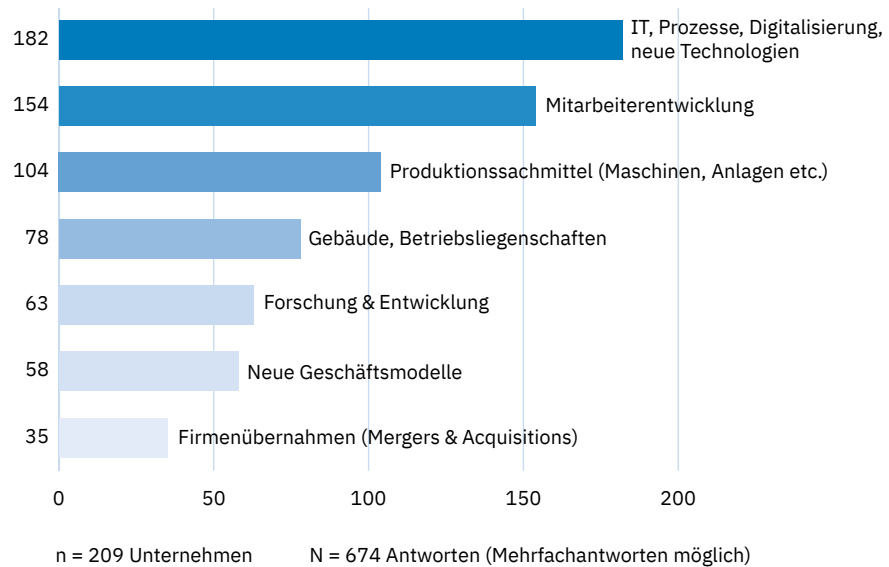


Abb. 9: Investitionsbereiche, in denen hauptsächlich investiert wird



Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildet der Bereich Digitalisierung und neue Technologien. 182 Unternehmen wollen in diesem Bereich investieren. Der grosse Fachkräftemangel, den die Unternehmen laut diesem Finanzmonitor wiederum als zentrales Problem der Wirtschaftsentwicklung sehen, zeigt sich auch in den Investitionen. 154 Unternehmen geben an, in die Mitarbeiterentwicklung investieren zu wollen. Maschinen und Anlagen werden von 104 Unternehmen als Investitionsgegenstände benannt. Dezidiert in neue Geschäftsmodelle und damit in eine Erweiterung der eigenen geschäftlichen Basis wollen 58 Unternehmen investieren. Dies entspricht ca. 28% aller Unternehmen (Vorjahr 32%).

Forschung und Entwicklung – als zweites explizit auf die Verbreiterung der geschäftlichen Basis gerichtetes Investitionsfeld – wird von ca. 30 % genannt (Vorjahr 28 %). Damit plant ungefähr die gleiche Anzahl von Unternehmen wie im Vorjahr direkte Wachstumsinvestitionen. Im Bereich Mergers & Acquisitions ist das Ergebnis ebenfalls ähnlich wie im Vorjahr. 35 Unternehmen - und damit prozentual leicht mehr als im Vorjahr – planen, ein anderes Unternehmen zu kaufen. Solche Übernahmen plant man in der Regel nur in Zeiten, in denen es den Unternehmen gut geht. Dies zeigt wiederum die sehr positive Lage der Zentralschweizer Unternehmen.

Für die exportorientierte Wirtschaft der Zentralschweiz ist der Wechselkurs ein entscheidender Faktor für das wirtschaftliche Wohlergehen. Der Schweizer Franken hat im vergangenen Jahr, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, deutlich gegenüber dem Euro an Wert gewonnen. Ein wichtiger Grund war die zinspolitische Wende der SNB, die den Kampf gegen die Inflation besonders in den Vordergrund gestellt hatte und erklärte, für eine Dämpfung der Inflation auch eine Aufwertung des Franken in Kauf zu nehmen. Ebenfalls zum starken Franken beigetragen hat das schwächere wirtschaftliche Wachstum in den EU-Staaten und die höhere Inflation im Euro-Raum. Zudem hat der Schweizer Franken durch seine Rolle als «sicherer Hafen» in Zeiten multipler Krisen profitiert. Auch zum US-Dollar hat der Schweizer Franken kräftig an Wert gewonnen, wobei sich hier das Bild zu Beginn des Jahres 2024 änderte und der Franken wieder leicht abgab. Vor dem Hintergrund dieses hohen Wechselkursniveaus haben wir die Zentralschweizer Unternehmen gefragt, wie sie die Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro in den kommenden 12 Monaten einschätzen.

Abb. 10: Monatliche Entwicklung des Wechselkurses des Euro gegenüber dem Schweizer Franken von Januar 2019 bis Januar 2024 (in Schweizer Franken)

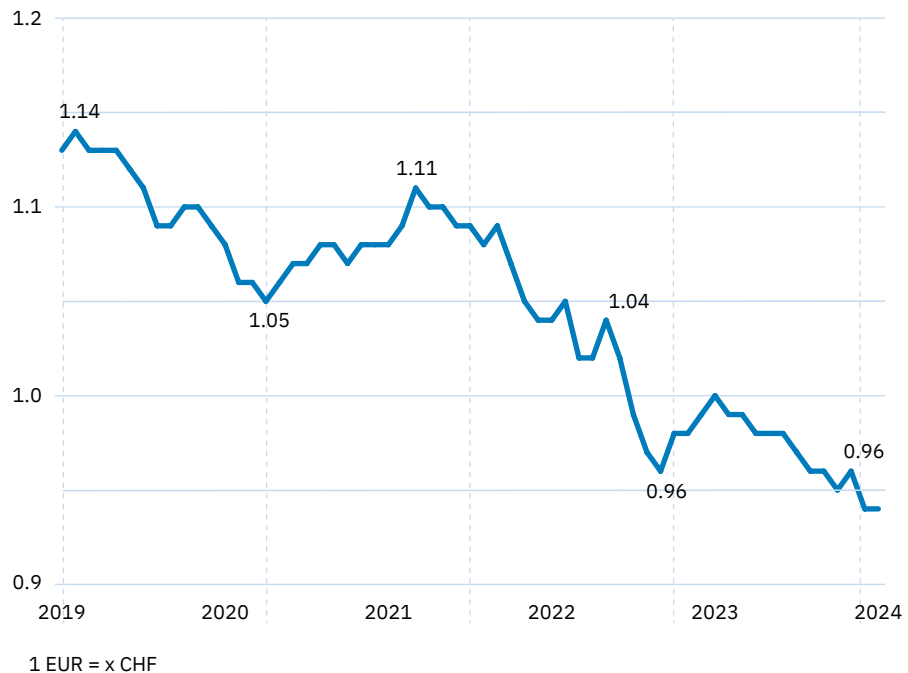
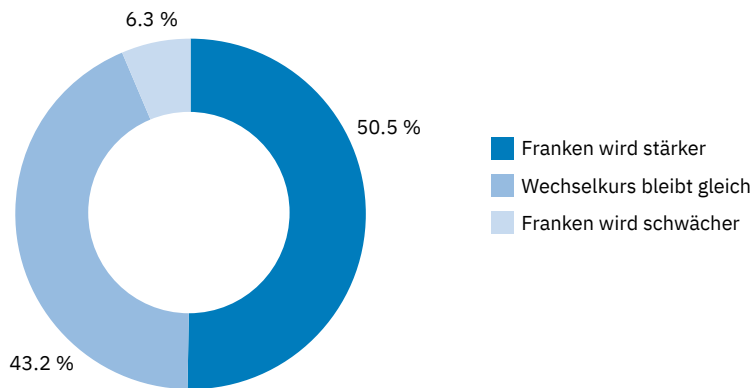


Abb. 11: Erwartung der Änderung des Wechselkurses zwischen CHF und Euro

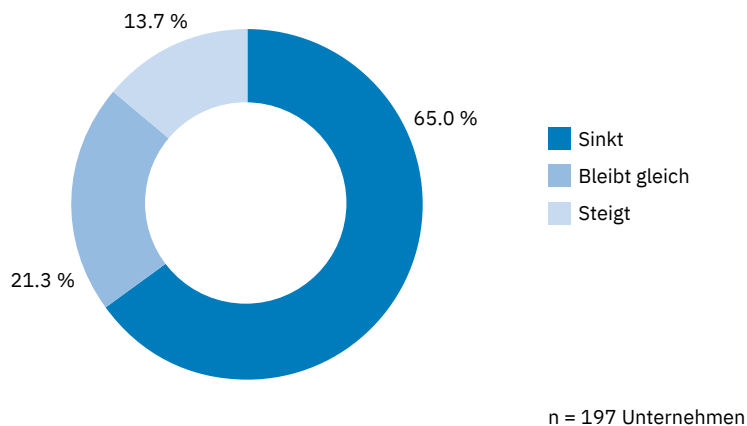
n = 206 Unternehmen

Die Zentralschweizer Unternehmen gehen mehrheitlich davon aus, dass der Schweizer Franken noch einmal an Wert gewinnen wird (50.5%). 43.2% meinen, dass der Aussenwert der Währung in den nächsten 12 Monaten gleichbleiben wird und nur 6.3% gehen von einem Rückgang der Wechselkurse aus. Dabei fällt auf, dass überdurchschnittlich viele Unternehmen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut empfinden, erwarten, dass der Schweizer Franken stabil bleibt. In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird der starke Franken jedoch nur selten als grosses Risiko benannt. Dies liegt vor allem daran, dass der reale Aussenwert des Schweizer Franken aufgrund der höheren Inflation in der Eurozone bzw. anderen bedeutenden Staaten der Weltwirtschaft sich deutlich stabilisiert hat. Auffällig ist jedoch, dass der Wechselkurs deutlich stärker als Herausforderung von den Unternehmen genannt worden ist (siehe Kapitel 4 des Finanzmonitors), als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Hieraus könnte sich ein Problemfeld für das weitere Wachstum der Zentralschweizer Wirtschaft entwickeln.

Ein weiterer wichtiger Faktor, insbesondere für die Investitionstätigkeit von Unternehmen, ist die Höhe des Zinses. Wir haben daher im Finanzmonitor danach gefragt, wo die teilnehmenden Unternehmen den Leitzins der Schweizer Nationalbank Ende 2024 sehen. Hier konnte in der Umfrage ein konkreter Zinssatz eingegeben werden. Als Hinweis und Anker war der derzeitige geltende Zinssatz (zum Zeitpunkt der Umfrage im Dezember 2023/Januar 2024) in Höhe von 1.75% genannt.

Im Dezember 2023 – also kurz vor Start der Umfrage – hatte die SNB den Zins unverändert bei 1.75% belassen. Damit ist der Schweizer Leitzins deutlich unter den entsprechenden Werten der EZB (4.50%) und der US-amerikanischen FED (5.25–5.5%).⁵ Diese Differenz erklärt sich aus der deutlich geringeren Inflation in der Schweiz. Die amerikanische Notenbank kündigte Ende 2023 ein Ende des Zinsanstiegs und sogar Zinssenkungen für 2024 an.

⁵ Jeweils Stand Januar 2024.

Abb. 12: Entwicklung des Leitzinses bis Ende 2024 (Ausgangspunkt: 1.75 %)

Insgesamt erwarten fast zwei Drittel der Zentralschweizer Unternehmen einen Rückgang des Zinses. Dies deckt sich mit den Prognosen einiger Schweizer Banken. So sieht die UBS ab Mitte 2024 bis zu drei Zinssenkungen der SNB.⁶ Ähnlich sieht es die Luzerner Kantonalbank, die zunächst stabile Leitzinsen prognostiziert, die ab dem zweiten Halbjahr bis auf 1.25% sinken.⁷ Bei den konkreten im Finanzmonitor genannten Zinssätzen wurde ein maximaler Wert von 2.75% genannt, der minimale Wert lag bei 1.00%. Der Durchschnitt war bei 1.55% und der Median bei 1.50%. Mithin erwarten die Zentralschweizer Unternehmen tendenziell eine moderate Absenkung des Zinsniveaus durch die SNB.

⁶ Vgl. Aktuelle Hypothekarzinsen und Zinsprognose, <https://www.ubs.com/ch/de/private/mortgages/information/brochures-and-publications/interest-forecast.html#:~:text=Drei%20SNB%2DZinssenkungen%20ab%20Juni%202024%20erwartet&text=Eine%20tieferere%20Inflation%20verschafft%20den,drei%20Zinssenkungen%20durch%20die%20SNB.> (abgerufen am 12.2.2024).

⁷ Vgl. Luzerner Kantonalbank: Zinsprognose Schweiz (Januar 2024), <https://www.lukb.ch/documents/38421/2831213/LUKB-Zinsprognose-Schweiz.pdf> (abgerufen am 12.2.2024).

4 Chancen und Risiken der Zentralschweizer Wirtschaft

In einer offenen Frage hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die grössten unternehmerischen Herausforderungen der nächsten drei Jahren zu benennen. 193 Finanzverantwortliche haben diese Frage beantwortet. Neben vielen individuellen Aussagen zu unternehmensspezifischen Entwicklungen, gibt es einige mehrmals genannte, allgemeine Herausforderungen, die der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation oder der ökologischen Entwicklung geschuldet sind. Die gemachten Aussagen wurden sortiert und nach Stichworten geclustert. Nachfolgende Wortwolke stellt die häufigsten Nennungen dar.

Abb. 13: Wortwolke zu den grössten unternehmerischen Herausforderungen in den nächsten drei Jahren

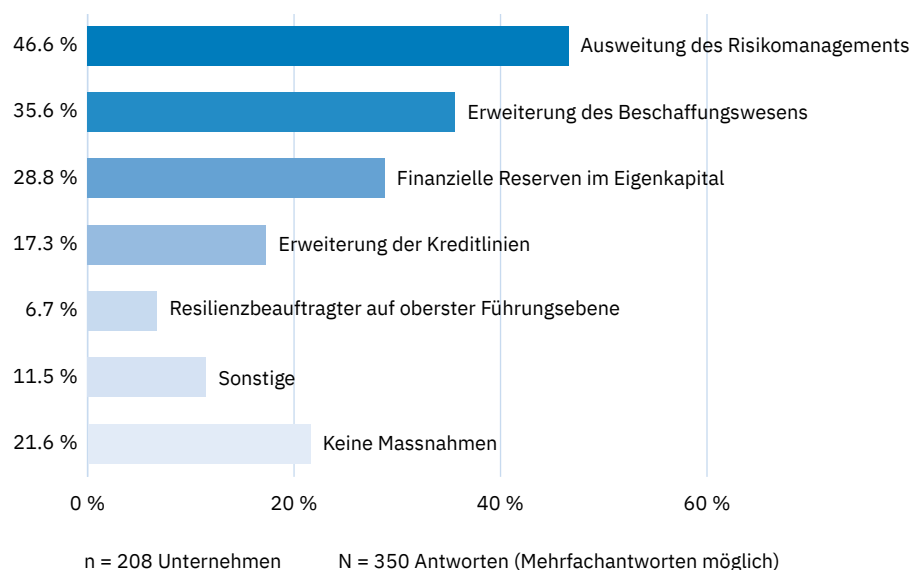


Das mit grossem Abstand am häufigsten genannte Thema war der Fachkräftemangel. Dieses Thema wurde bereits in den Umfragen zum Finanzmonitor 2022 und 2023 am häufigsten als grösste Herausforderung der kommenden drei Jahre benannt. Die Anzahl der Nennungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich erhöht. Die wahrgenommenen Probleme bei der Rekrutierung haben sich in den Zentralschweizer Unternehmen offenbar verschärft. Deutlich mehr Nennungen als in den vergangenen Umfragen erhielt das Thema Wechselkurse, erklärbar durch die starke Aufwertung des Schweizer Franken gegenüber dem Euro und anderer Währungen. Die Digitalisierung bleibt eine Herausforderung und wurde mehrmals erwähnt, allerdings auf ähnlichem Niveau wie in den letzten drei Jahren. Neben dem Wechselkurs werden insbesondere allgemeine wirtschaftliche und globalpolitische Entwicklungen als Herausforderung empfunden: die allgemeine wirtschaftliche Lage wird von 17 Unternehmen genannt, 18 Nennungen erhalten die globalen bzw. geopolitischen Entwicklungen. Dies ist sicherlich durch die Unsicherheiten durch den fortdauernden Ukraine-Krieg, die bewaffneten Auseinandersetzungen im Nahen Osten sowie Eskalationsgefahren zwischen China und Taiwan sowie den im November anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA bedingt. Regulierungen auf verschiedenen Ebenen empfinden 19 Unternehmen als herausfordernd. Hier ist die Interpretation der Aussagen problematisch, da teilweise auf einzelne Regulierungen abgestellt, aber auch generell eine zu hohe Regulierungsdichte angemahnt wird. Mehr Nennungen als im Vorjahr hatte auch das Thema «Nachhaltigkeit/ESG» als Herausforderung. Ein Zeichen dafür, dass die Regulierungen zum Reporting, die eigentlich die EU-Unternehmen betreffen, mittelbar auch Auswirkungen auf die Unternehmen der Zentralschweiz haben.

Weniger Relevanz als im vergangenen Jahr hat offensichtlich das Thema Sicherheit der Lieferketten. Hier gab es nur noch 6 Nennungen. Allerdings scheint der Preisdruck zugenommen zu haben, da Inflation und Margendruck deutlich häufiger benannt werden als in den Vorjahren.

Die letzten Jahre waren bereits durch multiple Krisen geprägt. Der russische Krieg gegen die Ukraine, die dadurch entstandene Energiekrise und sonstige Beschaffungsprobleme, die Covid 19 Pandemie und viele andere Entwicklungen haben Zentralschweizer Unternehmen mit ständig neuen Herausforderungen konfrontiert. Diesen Entwicklungen gemeinsam war, dass es sich um externe Schocks handelte, die von den Unternehmen selbst nicht zu beeinflussen waren. In dieser Ausgabe des Finanzmonitors wurde daher gefragt, ob aufgrund dieser Krisen von den Unternehmen Massnahmen zur Steigerung ihrer Resilienz eingeleitet worden sind.

Abb. 14: Massnahmen zur Steigerung der Resilienz durch aussergewöhnliche Ereignisse der letzten Jahre



Ausweis der ernststen Probleme der vergangenen Jahre ist, dass fast 80 % aller Unternehmen Massnahmen zur Krisenresilienz ergriffen haben. Lediglich rund ein Fünftel gab an, bislang keine Massnahmen eingeleitet zu haben. Knapp die Hälfte aller teilnehmenden Unternehmen haben ihr Risikomanagement ausgeweitet, d.h. sowohl in der Frequenz als auch im Umfang (betrachtete Themengebiete) erweitert. Die vergangenen Jahre waren durch Probleme bis hin zum Unterbruch bei den Lieferketten geprägt, weshalb es wenig verwunderlich ist, dass ein Schwerpunkt der Massnahmen der Unternehmen auf der Erweiterung des Beschaffungswesens liegt. In diese Kategorie fallen auch zahlreiche Nennungen, die unter der Rubrik «Sonstige» erfasst wurden, wie beispielsweise, dass die Kontakte mit Schlüssel-Lieferanten intensiviert wurden oder man bewusst mehrere Lieferanten beauftragt hat.

Finanzielle Resilienz «bezeichnet (...) die Krisentragfähigkeit gepaart mit der Eigenschaft, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.»⁸ Schlüssel zur finanzwirtschaftlichen Krisenresilienz ist neben der Liquidität (als kurzfristiger Kerngrösse) das Eigenkapital (als langfristiger Kerngrösse). Beide Kerngrössen wurden auch von den Zentralschweizer Unternehmen zur Erlangung einer grösseren Krisenresilienz gestärkt. 28.8 % der Unternehmen gaben an, das Eigenkapital durch Erhöhung der Reserven erhöht zu haben. 17.3 % gaben an, dass sie zur Verbesserung der Liquidität die Kreditlinien gestärkt haben.

6.7 % (entsprechend 14 Nennungen) haben sich sogar dazu entschlossen, einen Resilienzbeauftragten zu installieren und damit eine Sicherung des Unternehmens in Krisen institutionell zu verankern. Dieser Schritt gibt dem Management der Krisentragfähigkeit noch eine weitere Dimension und kann dabei helfen, Risikomanagement auch stärker als Chancenmanagement zu verstehen.⁹

Vergleicht man die Angaben zu den ergriffenen Massnahmen mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, so fällt auf, dass überdurchschnittlich viele Unternehmen keine Massnahmen ergriffen haben, die sich selbst in einer guten wirtschaftlichen Lage sehen. Man kann vermuten, dass hier aufgrund der guten Einschätzung der eigenen Lage noch nicht die Notwendigkeit zum Handeln gesehen wird. Bei gut dastehenden Unternehmen wurde auch überdurchschnittlich häufig, die Eigenkapitalbasis erweitert. Dies ist offensichtlich, da nur in guten Zeiten diese Reserven geschaffen werden können.

⁸ Vgl. Behringer, S.: Finanzielle Resilienz: Notwendige Lehren aus der Krise, KSI, 2020, S. 157.

⁹ Vgl. hierzu auch Hochschule Luzern: Finanzielle Resilienz von Unternehmen in der DACH-Region, ERM Report 2023, S. 40.

5 Wünsche an die Politik

In einer weiteren offenen Frage wurde nach den Wünschen der Unternehmen an die Politik gefragt, differenziert nach den Wünschen an den Bund und die jeweiligen Kantone. Ähnlich wie im vergangenen Jahr zeigt sich hier insgesamt eine hohe Zufriedenheit und es wird häufig eine Fortsetzung der bisherigen Politik gewünscht.

So lässt sich auch deuten, dass viele Unternehmen diese Frage gar nicht beantwortet haben. So haben 54 Unternehmen bei der Frage nach Wünschen an den Bund auf eine Antwort verzichtet. Ausgewertet wurde die Umfrage durch ein Clustering nach zentralen Begriffen. Die meisten Aussagen zu Wünschen an die Bundespolitik befassten sich mit «Bürokratie» (68 Nennungen). Dies entspricht ungefähr dem Niveau der Vorjahresumfrage. Die Unternehmen beklagen zu komplizierte administrative Abläufe und befürchten eine immer weiter fortschreitende Regulierung. Deziert eine stärkere Digitalisierung der Verwaltungsabläufe wünschen sich zusätzlich 5 antwortende Unternehmen. Insgesamt ist also der Wunsch nach unbürokratischen und einfachen Abläufen an den Bund mit Abstand der grösste Wunsch.

Mit weitem Abstand folgt in der Zahl der Nennungen eine Regelung des Verhältnisses zur EU. Im Detail stehen hinter den 24 Nennungen unterschiedliche Wünsche nach der Ausgestaltung des Verhältnisses zur EU. Gemein ist allen Nennungen jedoch eine möglichst eindeutige Klärung, so dass Sicherheit im Verhältnis zur EU besteht. Niedrige Steuern (teilweise auch durch Beibehaltung der bisher niedrigen Steuersätze) werden von 16 Unternehmen gewünscht.

Betrachtet man die Wünsche an die Politik auf Ebene der Kantone, so zeigt sich ein differenziertes Bild. An den Kanton Luzern wird am stärksten der Wunsch geäussert, die Bürokratie einzudämmen (ca. 50 % der Nennungen aus dem Kanton Luzern). Als besonderes Problem wird der Baubereich identifiziert. Etwa 9 % der Antworten beziehen sich auf spezielle Themen aus dem Bereich Bau. Ca. 23 % der Unternehmen wünschen sich niedrigere bzw. gleichbleibende Steuern. Investitionen in Bildung werden von ca. 9 % genannt, wobei schwerpunktmässig eine Förderung der Berufsbildung erwähnt wird. Eine bessere Digitalisierung der Verwaltung wird von ca. 7 % der Unternehmen gewünscht. Dies betrifft insbesondere Abfragen durch Behörden und Genehmigungen. Etwa 5 % wünschen sich verstärkte Investitionen in den Öffentlichen Verkehr bzw. die allgemeine Verkehrsinfrastruktur. Die insgesamt grosse Zufriedenheit der Unternehmen mit der Luzerner Kantonspolitik zeigt, dass ca. 8 % der Unternehmen stabile Bedingungen wünschen, also keine Änderungen fordern. Dieser Wert ist deutlich höher als in der Umfrage vor einem Jahr, als (bei ähnlicher Beteiligung) dies nur von ca. 3 % der Unternehmen so geäussert wurde.

Im Kanton Zug ist das Bild noch deutlich positiver. Wie im letzten Jahr sind die Wünsche nach Kontinuität diejenigen mit den meisten Nennungen (ca. 39 %). Dies spricht weiterhin für eine ausserordentlich hohe Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen im Kanton Zug. Ansonsten wurde für Zug nur noch ein Abbau der Bürokratie von mehr als 2 Unternehmen als Wunsch genannt (ca. 22 %).

Bei den kleineren Kantonen sind die Nennungen zu gering, um individuelle Auswertungen vorzunehmen. Die Nennungen beziehen sich auch hier im Wesentlichen auf die Themen Steuern und Bürokratieabbau. Auffallend ist, dass in den Kantonen Uri und Schwyz auch sehr häufig der Wunsch nach Stabilität und unveränderten Rahmenbedingungen genannt wird.

6 ESG und Nachhaltigkeit

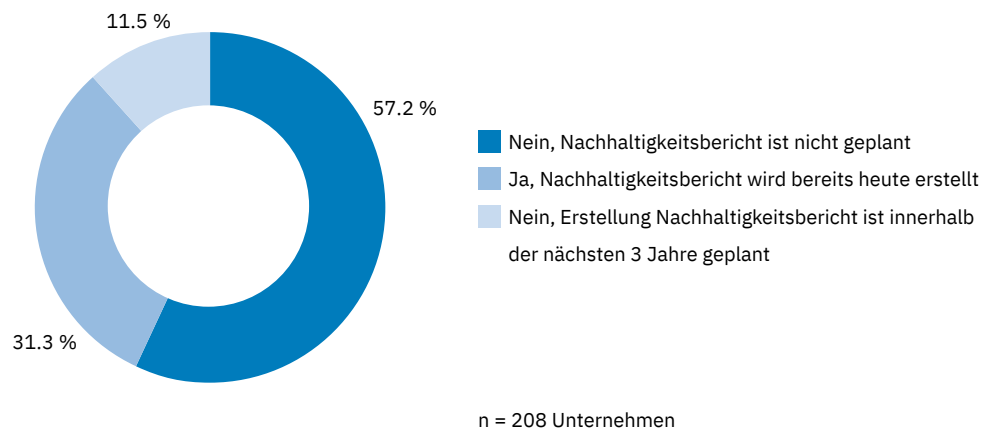
Für viele Unternehmen ergibt sich eine erweiterte Pflicht zur nichtfinanziellen Berichterstattung. Dafür hat zum einen der Schweizer Gesetzgeber mit der Reform des Obligationenrechts gesorgt. Art 964 a bis c OR sind durch den indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative eingeführt worden. Die Berichterstattung über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung ist damit für grosse Publikumsgesellschaften und Finanzinstitute verpflichtend geworden. Diese Pflicht gilt erstmals für das Berichtsjahr 2023, so dass die Berichte Anfang 2024 veröffentlicht werden müssen.

Für viele Unternehmen kommen mittelbare Verpflichtungen durch die Einführung der CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) in der EU hinzu. Die Richtlinie wurde am 10.11.2022 vom Europäischen Parlament nach langen Diskussionen verabschiedet. Wesentlicher Unterschied zu den bisherigen Berichterstattungspflichten in der EU ist die Ausweitung des Kreises der berichtspflichtigen Unternehmen. Für einige Schweizer Unternehmen entfaltet die Richtlinie direkte Wirkung. In folgenden Fällen müssen Schweizer Unternehmen nach CSRD berichten:

- Wenn sie Tochtergesellschaften mit erheblicher Geschäftstätigkeit in der EU haben (Umsatz mehr als 200 Mio. Euro).
- Wenn das Schweizer Unternehmen an einer EU-regulierten Börse kotiert ist oder
- Wenn Tochtergesellschaften von Schweizer Unternehmens die relevanten Kriterien für EU-Grossunternehmen überschreiten.

Noch relevanter wird die Berichtspflicht für Zentralschweizer Unternehmen aus mittelbaren Verpflichtungen. Viele der relevanten Berichtspflichten von Unternehmen sind nur mit Hilfe von Lieferanten zu erfüllen. Daher gehen viele Unternehmen aus der EU dazu über, ihre Lieferanten – auch solche aus der Zentralschweiz – zur Bereitstellung von Informationen zu verpflichten.

Im Finanzmonitor 2023 wurde bereits nach der Betroffenheit von der Berichtspflicht gefragt. Dort zeigte sich, dass viele Unternehmen ihre genaue Betroffenheit nicht kannten. Mittlerweile scheint sich die breite Berichterstattung in Fachmedien und die Aufklärung durch Verbände bezahlt gemacht zu haben. Im diesjährigen Finanzmonitor geben 9.2% der Unternehmen an, dass sie zur Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichts gesetzlich verpflichtet sind. Weitere 22.1% der Unternehmen veröffentlichen einen ESG-Bericht freiwillig. Weitere 11.5% planen die Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichts in den kommenden drei Jahren, wobei 7.2% dies freiwillig machen und 4.3% aus einer künftig entstehenden gesetzlichen Pflicht heraus. Eine Mehrheit der antwortenden Unternehmen, nämlich 57.2% veröffentlicht keinen Nachhaltigkeitsbericht und hat auch keine Planungen in diese Richtung.

Abb. 15: Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichtes

Die neuen ESG-Berichtspflichten erfordern von den Unternehmen andere Arten von Daten und Erhebungsmethoden als für die bisherige im Wesentlichen auf Finanzen fokussierte Berichterstattung. Um zu überprüfen, wie vorbereitet die Zentralschweizer Unternehmen auf die direkten und indirekten Berichtspflichten sind, haben wir danach gefragt, ob die Unternehmen ihren CO₂ Ausstoss kennen. Die Messung von CO₂ ist eine bereits seit längerem etablierte Anforderung vieler Stakeholder und der Öffentlichkeit. Sie ist für die Erfüllung der mittelbaren Berichtspflichten deshalb besonders relevant, da sich der «carbon footprint» eines Produkts nur durch Einbeziehung der Lieferanten messen lässt (sogenannte Scope 3 Emissionen).¹⁰ Damit wird die Messung der CO₂ Emission relevant für alle Unternehmen, die an berichtspflichtige EU-Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen verkaufen. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass lediglich 36.5 % der Unternehmen sagen, dass sie heute ihren «carbon footprint» kennen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass fast zwei Drittel der Unternehmen noch nicht fit sind für die kommenden Berichtspflichten. Nur Unternehmen mit reinem Dienstleistungscharakter bzw. rein nationale Unternehmen werden nicht oder nur am Rande von der künftigen Berichtspflicht mittelbar oder unmittelbar betroffen sein.

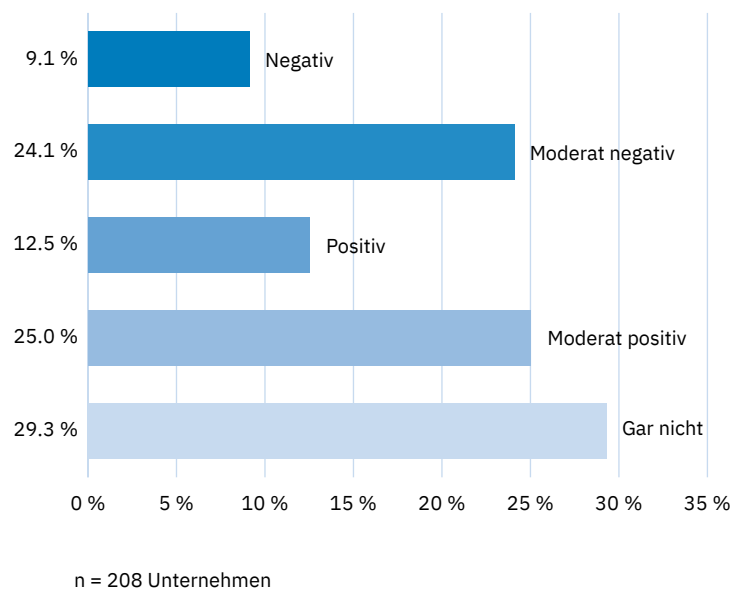
Die Berichtspflichten sollen – so die Idee der Regulatoren auf Schweizer und EU-Ebene – dazu beitragen, dass die Unternehmen ihr Handeln verändern. Die grundlegende Idee ist, dass durch die mit der Berichtspflicht erreichte Transparenz Kunden aber vor allem auch Investoren, Unternehmen bevorzugen, die sich möglichst umweltfreundlich und sozial verhalten. Um zu prüfen, wie sich der Gedanke nach verändertem Handeln bei Zentralschweizer Unternehmen auswirkt, haben wir nach der Strategie zur Erreichung einer CO₂ Neutralität gefragt. Dabei haben 3 Unternehmen gesagt, dass sie bereits heute CO₂ neutral sind (entsprechend 1.5 % der antwortenden Unternehmen).

¹⁰ Vgl. zu Messmethoden des carbon footprints z.B. Wittenbrink, P.: Carbon Footprint – Konzept und Ansätze zur Messung der CO₂-Emissionen. In: Green Logistics. essentials. Springer Gabler, Wiesbaden 2015.

Diesen Status hat ein Unternehmen seit 2015, ein weiteres seit 2016 und eines seit 2019. 90 Unternehmen streben die CO₂ Neutralität an (43.7%). Für 113 Unternehmen spielt diese im Rahmen ihrer Unternehmensstrategie keine Rolle (entsprechend 54.8%). Es fällt auf, dass 51 Unternehmen CO₂neutralität anstreben, sie aber ihren derzeitigen carbon footprint nicht kennen. Dies zeigt, dass es bei der Etablierung und Nutzung von fundierten Messmethoden noch erheblichen Nachholbedarf in der Praxis (aber auch in der Wissenschaft) gibt. Als Folgefrage an diejenigen, die erklärt hatten, eine CO₂ Neutralität anzustreben, haben wir nach dem anvisierten Jahr der Erreichung dieses Ziels gefragt. Ein Unternehmen will bereits im aktuellen Jahr 2024 dieses Ziel erreichen. Für die Folgejahre sind es nur wenige Unternehmen, die dieses Ziel anstreben: 4 im Jahr 2025 und 6 im Jahr 2026. 2028 streben 6 Unternehmen die Kohlendioxid-Neutralität an, 2029 ein weiteres. Bis 2030 wollen 31 Unternehmen das Ziel erreicht haben, weitere 8 bis 2035 und 11 bis 2040. Bis 2050 wollen 13 Unternehmen CO₂ neutral sein und nur 2 gaben an, einen Zeithorizont von mehr als 2050 im Auge zu haben. Man kann also festhalten, dass diejenigen Unternehmen, die sich um die Emissions-Neutralität bemühen, sich vielfach ehrgeizige Ziele gesetzt haben.

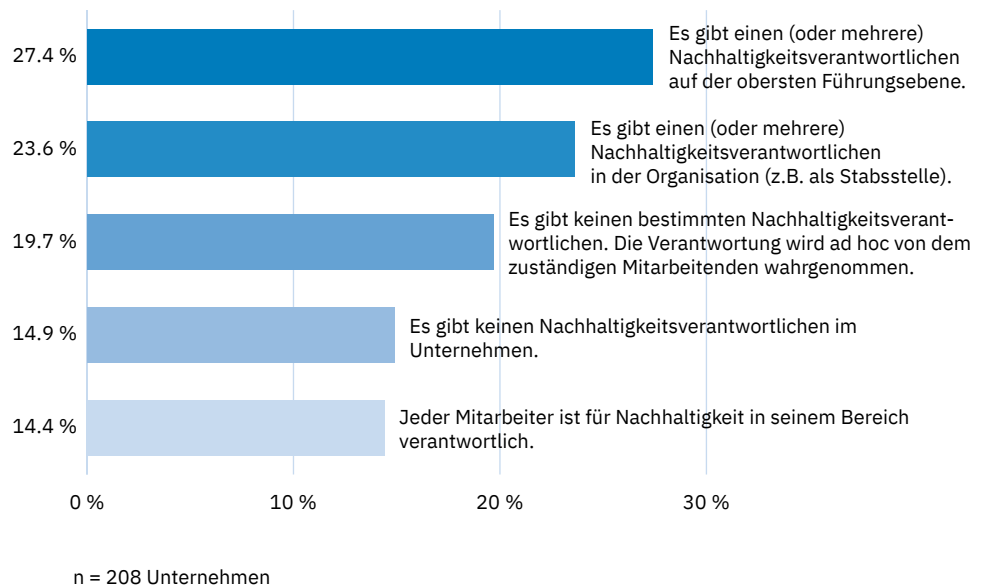
Besonders relevant ist der Klimawandel für Unternehmen dann, wenn das eigene Geschäftsmodell vom Klima abhängig ist. Wir haben daher gefragt, wie der Klimawandel das Geschäftsmodell beeinflusst. 29.3% der Unternehmen sagen, dass der Klimawandel keinen Einfluss auf ihr Geschäftsmodell hat. 37.5% erwarten einen positiven Einfluss des Klimawandels auf das Unternehmen (wovon 25.0% diesen positiven Einfluss moderat einschätzen). 33.2% der antwortenden Unternehmen befürchten einen negativen Einfluss des Klimawandels auf ihr Geschäft (wovon 24.1% diesen negativen Einfluss moderat einschätzen). Interessant ist, dass mehr Unternehmen einen positiven Einfluss des Klimawandels auf ihr Unternehmen erwarten als einen negativen. Schaut man in die Spezifikation, wie genau der Klimawandel das Geschäftsmodell beeinflusst, verbirgt sich hinter den positiven Einflüssen die Ausnutzung von Marktchancen für nachhaltige Produkte. Negative Einflüsse erwarten insbesondere Unternehmen, deren Geschäftsmodell direkt von Wettereinflüssen abhängig ist (z.B. Wintersport). Hier sind die Auswirkungen offensichtlich. Ebenfalls wird bei den negativen Auswirkungen häufiger auf künftige Probleme bei der Rohstoffversorgung durch verstärkte Dürre und andere Wetterextreme abgestellt. Andere Aussagen beklagen die Auswirkungen der Regulierung zur Eindämmung des Klimawandels auf das eigene Geschäftsmodell und damit verbundene höhere Kosten, die diese Regulierungen verursachen.

Abb. 16: Beeinflussung der Geschäftsentwicklung durch den Klimawandel



Setzt man diejenigen Unternehmen, welche einen negativen Einfluss des Klimawandels auf ihre Geschäftstätigkeit erwarten ins Verhältnis zu denjenigen Unternehmen, die eine CO₂ Neutralität anstreben, so ergibt sich ein interessantes Bild: Lediglich gut die Hälfte (52.2%) der Unternehmen, die einen negativen Einfluss des Klimawandels auf ihr Geschäftsmodell erwarten, streben auch selbst CO₂ Neutralität an. 46.4% der vom Klimawandel negativ betroffenen Unternehmen streben keine CO₂ Neutralität an. Ein negativ betroffenes Unternehmen ist bereits CO₂ neutral.

Abb. 17: Organisatorische Verankerung des Themas ESG



Um Aufschluss zu dem Stellenwert des Bereichs Nachhaltigkeit im Unternehmen zu bekommen, wurde im Finanzmonitor nach dessen organisatorischer Verankerung gefragt. Etwas mehr als ein Viertel der Unternehmen hat den Bereich ESG in der obersten Führungsebene verankert. Ein weiteres knappes Viertel hat eine Stabsstelle oder eine ähnliche Position eingerichtet, die sich mit ESG in der Organisation befasst. Knappe 20% haben keine direkte organisatorische Verantwortung für Nachhaltigkeit/ESG, sondern geben an, dass die Verantwortung jeweils ad hoc von den relevanten Mitarbeitenden wahrgenommen wird. 14.9% haben das Thema Nachhaltigkeit in keiner Weise im Unternehmen organisatorisch verankert, während 14.4% die Verantwortlichkeit bei jedem einzelnen Mitarbeitenden sehen. Eine Einordnung, in welchen Unternehmen die Verantwortung für ESG höher gewichtet wird, kann anhand der Ergebnisse so nicht getroffen werden. Lediglich bei denjenigen Unternehmen, die keine Verantwortlichkeit angegeben haben (14.9%), kann man eine geringe Relevanz von ESG-Themen für das Unternehmen annehmen.

Da die aktuelle Entwicklung im Bereich Nachhaltigkeit/ESG stark von Reportinganforderungen getrieben ist, die ansonsten überwiegend im Finanzbereich der Unternehmen angesiedelt sind, haben wir gefragt, wo genau die operative Verantwortung des Nachhaltigkeitsbereichs verortet ist. Dabei gaben 30.9% der Unternehmen an, dass sie dafür einen eigenen Bereich «Nachhaltigkeit/ESG» etabliert haben. 24.2% haben ESG im Finanzbereich angesiedelt. Dieser Wert liegt unter den Erwartungen, da andere internationale Untersuchungen¹¹ häufig den CFO als Treiber des Bereichs ESG ansehen. Die relativ geringe Anzahl der hier gemachten Antworten könnte allerdings damit zusammenhängen, dass in der Schweiz die Berichtspflichten häufiger nur mittelbar entstehen und seltener als in der EU eine direkte Verpflichtung des Unternehmens zum Reporting gegeben ist. 44.9% der Unternehmen haben die operative Verantwortung für ESG in anderen Abteilungen verortet. Wie aus der vorhergehenden Frage zu erwarten war, sagen 17.0%, dass die Geschäftsleitung auch die operative Verantwortung im ESG-Bereich wahrnimmt. Als alternative Antworten wurden hier verschiedene Abteilungen genannt wie z.B. Produktion und Logistik, Administration, HR, Qualitätsmanager oder der Einkauf. Nur 2 Nennungen entfielen auf den Bereich «Marketing». Ältere Studien¹² hatten häufiger die operative Verantwortung für den Bereich ESG (früher häufig CSR – Corporate Social Responsibility) im Bereich Marketing verortet. Damit verbunden war die Einschätzung, dass es sich dann eher um Massnahmen zur Verkaufsförderung handelte als um ein tatsächliches Engagement für nachhaltiges Wirtschaften. Dies spielt bei den Zentralschweizer Unternehmen offensichtlich keine Rolle mehr.

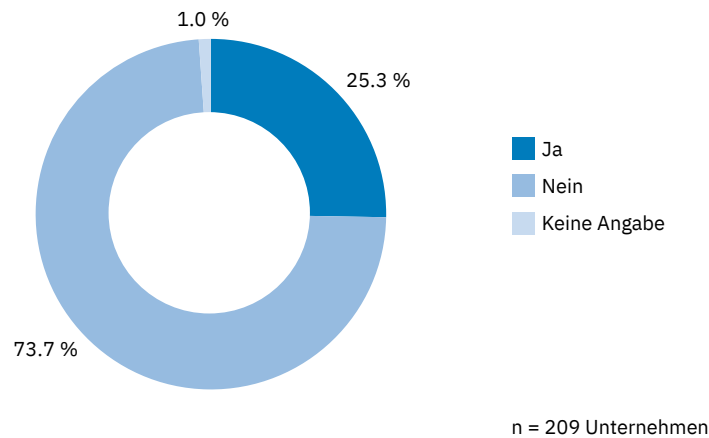
¹¹ Vgl. z.B. Sessar, C./ Röderer, A.: Nachhaltigkeitsberichterstattung als Schlüssel zur ganzheitlichen Unternehmenssteuerung, *ReThinking Finance*, 5/2022, S. 28ff.

¹² Vgl. exemplarisch Maignan, I. et al. : Corporate citizenship: Cultural antecedents and business benefits. *Academy of Marketing Science Journal*, 1995, S. 455ff.

7 Künstliche Intelligenz im Finanzbereich

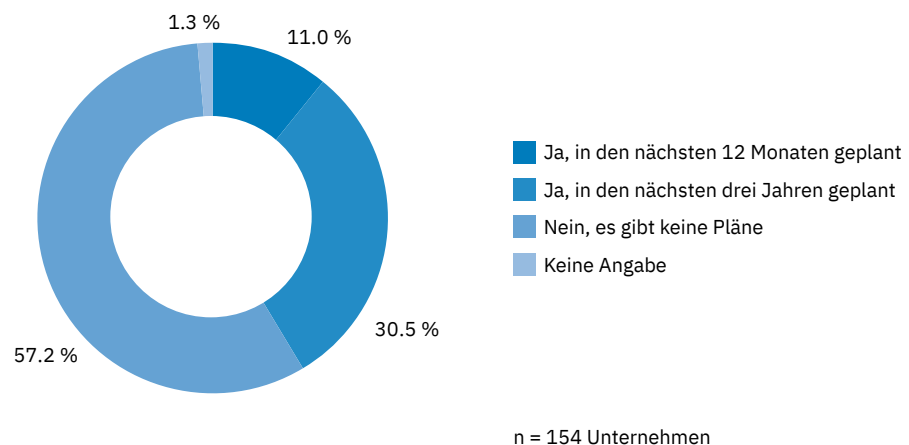
Künstliche Intelligenz ist spätestens seit November 2022 in aller Munde, nachdem das amerikanische Unternehmen Open AI den Chatbot ChatGPT veröffentlichte. Damit war die Nutzung von generativer mit Texten arbeitender Künstlicher Intelligenz (KI) über das Internet frei verfügbar. In der Folge haben sich auch viele, insbesondere auch kleinere Unternehmen, damit befasst, wie man KI in betrieblichen Abläufen nutzbringend einsetzen kann. Daher wurde im Finanzmonitor 2024 gefragt, welche Einsatzmöglichkeiten Unternehmen für Künstliche Intelligenz im Finanzbereich sehen und wie sich das auf die Unternehmen und ihre Arbeitsplätze auswirkt. Initial sind wir davon ausgegangen, dass die Verbreitung von KI in KMU, der Zielgruppe der Finanzmonitor Umfrage, noch nicht so gross ist. Diesen Erwartungen entsprachen dann auch die Antworten. Ein Viertel der Unternehmen nutzt KI im Finanzbereich (25.3%). 73.7% nutzen noch keine Anwendungen von KI im Finanzbereich.

Abb. 18: Einsatz von KI im Finanzbereich



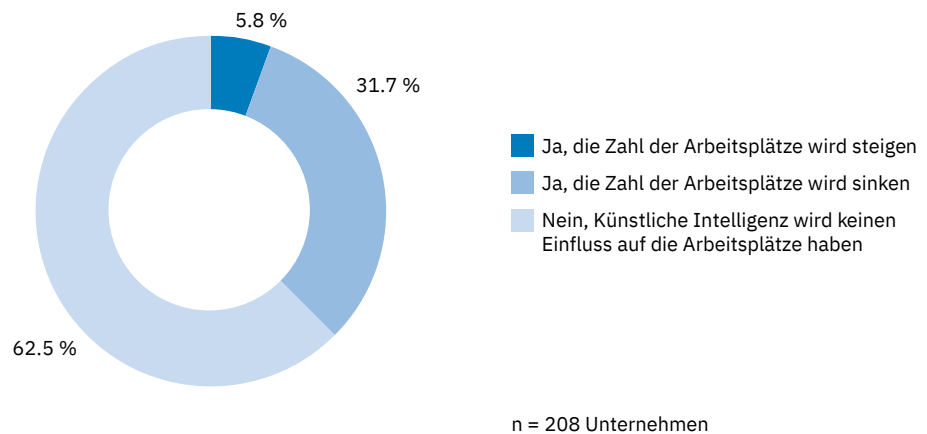
Von denjenigen Unternehmen, die angegeben haben, KI im Moment noch nicht im Finanzbereich einzusetzen, haben einige bereits konkrete Pläne entwickelt. 11.0% wollen innerhalb der nächsten 12 Monate KI im Finanzbereich einsetzen, weitere 30.5% planen dies in den nächsten 36 Monaten. Der grösste Teil der antwortenden Unternehmen hat jedoch keine konkreten Pläne zum Einsatz von KI im Finanzbereich (57.2%). Insgesamt wurden damit aber die Erwartungen über die Verbreitung bzw. die zukünftigen Pläne mit KI im Finanzbereich übertroffen.

Abb. 19: Geplanter Einsatz von KI im Finanzbereich



Bei denjenigen Unternehmen, die angegeben haben, bereits Methoden der KI im Finanzbereich einzusetzen, haben wir nach der konkreten Anwendung gefragt. Dabei hatten die teilnehmenden Unternehmen ein Freifeld zur Verfügung, in dem sie den konkreten Anwendungsbereich angeben konnten. Die meisten Unternehmen setzen KI in der Buchhaltung ein. Genannt wurde insbesondere die automatische Erkennung von Eingangsberechnungen oder Belegen im Spesenworkflow. Der Einsatz von KI in der Buchhaltung umfasst zudem die Buchung von Belegen und Rechnungen. In seltenen Fällen wurde zusätzliche Prozesse genannt, wie Analysen, Forecasting, Fraud Erkennung, oder Risikomanagement. ChatGPT wurde namentlich erwähnt für den Einsatz in der Berichterstattung. Damit zeigt sich insgesamt, dass diejenigen Zentralschweizer Unternehmen, die bereits KI im Finanzbereich einsetzen, dies zumeist in standardisierten, repetitiven Buchhaltungstätigkeiten tun.

Abb. 20: Beeinflussung der Zahl der Arbeitsplätze durch KI



In der Folgefrage wurde nach dem Einfluss der KI auf Arbeitsplätze im Unternehmen gefragt. Der überwiegende Teil der Unternehmen glaubt, dass KI keinen Einfluss auf die Arbeitsplätze haben wird. Ein knappes Drittel gibt an, dass sie erwarten, dass die Zahl der Arbeitsplätze sinken wird. 5.8% erwarten demgegenüber einen Anstieg der Arbeitsplätze, insbesondere weil KI Teil des eigenen Produkts ist. Von den Antworten, die einen Rückgang der Arbeitsplätze erwarten, wird der Rückgang fast ausschliesslich im administrativen Bereich erwartet. Von den Unternehmen wurden insbesondere die Buchhaltung, Compliance, Controlling, Zahlungsverkehr etc. als betroffene Bereiche genannt. Auch werden einzelne Anwendungen wie beispielsweise die Erstellung von Sitzungsprotokollen genannt. Die Unternehmen sehen insbesondere repetitive Tätigkeiten als ersetzbar durch künstliche Intelligenz an.

8 Fachkräftemangel im Finanzbereich

Der diesjährige Finanzmonitor zeigt wie in den Vorjahren, dass der Fachkräftemangel als grösste unternehmerische Herausforderung von den Zentralschweizer Unternehmen wahrgenommen wird. Dies haben wir zum Anlass genommen, in diesem Jahr einen besonderen Schwerpunkt zu setzen, um zu erfahren, wo die Probleme besonders gross sind und wie Unternehmen versuchen, den Herausforderungen zu begegnen.

Die erste Frage zielte darauf ab, herauszufinden, wie die CFOs in ihren Finanzabteilungen vom Fachkräftemangel betroffen sind. Auf diese Frage antwortete rund ein Drittel der Unternehmen, dass sie vom Fachkräftemangel auch im Finanzbereich betroffen sind (32.5%). Bei der Quantifizierung der nicht besetzten Positionen im Finanzbereich zeigt sich, dass in diesem Bereich die Zahl der offenen Stellen noch relativ überschaubar ist – wobei allerdings nur relativ wenige Unternehmen diese Frage überhaupt beantwortet haben. 15 Unternehmen haben eine Stelle nicht besetzt, zwischen 2 und 10 offenen Stellen haben 26 Unternehmen rapportiert. Ein Unternehmen gab an, dass 50 Stellen im Finanzbereich nicht besetzt sind. Insgesamt lässt sich aber zusammenfassend sagen, dass der Finanzbereich relativ wenig von dem vorherrschenden akuten Fachkräftemangel betroffen ist.

Bei den Massnahmen, die Unternehmen gegen den Fachkräftemangel einleiten, werden besonders die Ausbildung eigener Lehrlinge (17 Nennungen) und die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität (29 Nennungen) genannt. Hinter der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität stehen verschiedene Einzelmassnahmen, z.B. die Erhöhung des Lohns, Verlagerung von Tätigkeiten ins Homeoffice und flexible Arbeitszeiten sowie die Schaffung von Fringe Benefits. Des Weiteren investieren sieben Unternehmen gezielt in die Weiterentwicklung bestehender Mitarbeitender, um die notwendigen aber derzeit fehlenden Kompetenzen zu entwickeln. Drei Nennungen betreffen die Rekrutierung von Quereinsteigern, die dann im eigenen Unternehmen weiter ausgebildet werden sollen. Zwei Unternehmen wollen gezielt im Ausland rekrutieren. Einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Einsatz von KI im Finanzbereich und offenen Stellen im Finanzbereich konnte nicht nachgewiesen werden.

Autoren



Prof. Dr. Stefan Behringer

Stefan Behringer hat Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln studiert. Promoviert hat er zu Themen der Unternehmensbewertung an der Universität Flensburg. Nach dem Doktorat hat er 10 Jahre Managementenerfahrung bei der Deutschen Post und der Olympus Europa in den Bereichen Controlling, Mergers & Acquisitions, Compliance und Interne Revision gesammelt. Seit 2009 ist er Professor für Betriebswirtschaftslehre. Von 2013 bis 2019 war er Präsident der NORDAKADEMIE Hochschule der Wirtschaft in Elmshorn und Hamburg. Seit 2019 ist er am IFZ tätig und leitet dort das Kompetenzzentrum Controlling.



Prof. Dr. Markus Gisler

Markus Gisler ist Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern - Wirtschaft. Seine Lehr-, Forschungs- und Beratungsschwerpunkte sind die CFO-Funktion, Financial Accounting und Controlling. Markus Gisler studierte und promovierte an der Hochschule St. Gallen (HSG) und verfügt über ein Diplom als eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer. Er arbeitete 16 Jahre als Group Controller und Finanzchef für die DKSH-Gruppe, wovon acht Jahre in Japan, den Philippinen und Hongkong. Seit 2015 ist Markus Gisler Präsident des CFO Forums Schweiz, der grössten Vereinigung von CFOs in der Schweiz. In der Zentralschweiz engagiert er sich im Dienstleistungsausschuss der Zuger Wirtschaftskammer, in der Bereichskonferenz Berufsbildung des Kt. Zug und in der Stiftung für das Alter Hünenberg.

Unter Mitarbeit von:

Manuel Gesslein

(Masterassistent am IFZ)

Die Partner des Finanzmonitors



Die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ ist eine der insgesamt 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz. Die IHZ ist das Zentralschweizer Kompetenzzentrum für Wirtschaftspolitik und Export. Parteipolitisch unabhängig vertritt sie als wichtiges regionales Netzwerk über 700 Unternehmen in den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden. Neben Wirtschaftspolitik, Export und ihrer Netzwerktätigkeit engagiert sich die IHZ auch im Bildungsbereich. So trägt die IHZ als Organisatorin der Wirtschaftswochen an Zentralschweizer Schulen, als Miteigentümerin der Swiss School for International Business oder mit individualisierten Exportseminaren aktiv zum Wissenstransfer bei.

HSLU Hochschule Luzern

Das Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern – Wirtschaft ist das führende Fachhochschulinstitut im Finanzbereich in der Schweiz. Das IFZ bietet Forschungs- und Beratungsdienstleistungen an und verfügt über ein breites Weiterbildungsangebot für Fach- und Führungskräfte aus der Finanzbranche. Zu der Ausbildungspalette des IFZ gehören auch die Bachelor und Master of Science Studiengänge mit Fachrichtung Banking & Finance, Financial Management und Real Estate.

Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ

Kapellplatz 2
CH – 6002 Luzern

Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ

Campus Zug-Rotkreuz
Suurstoffi 1
CH – 6343 Rotkreuz

Gold Partner

Silber Partner

Netzwerk Partner

